

# Betonbrecher: Landesbehörde gibt Fehler zu

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume (LLUR) hat Lärmprognose nicht richtig beachtet

**Kücknitz.** Die Genehmigungsbehörde des Landes hat Fehler bei der Genehmigung für das Mineral-Aufbereitungs-Zentrum (MAZ) der Firma Erdbau Scheel an der Travemünder Landstraße eingeräumt. Gegen die Genehmigung haben Bürger Widersprüche eingelegt. Das MAZ arbeitet derzeit nicht.

„Wir haben bei der Verlängerung der Genehmigung einen echten Fehler gemacht“, sagte Martin Rüter, Leiter des Dezernates Abfallwirtschaft des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländli-

che Räume (LLUR) im Umweltausschuss der Bürgerschaft, „wir haben die Lärmprognose nicht richtig beachtet“. 2015 hatte die Firma Scheel eine Genehmigung für weitere zehn Jahre beantragt. Die wurde im August vergangenen Jahres erteilt. Dabei wurde eine Lärmprognose aus dem Jahr 2005 zugrundegelegt, die „an den nächstgelegenen Wohnhäusern zu hohe Beurteilungspegel ausweist“, erklärt das Landes-Umweltministerium. Folge: Läuft der Betonbrecher so, wie Scheel das beantragt hat, „könnte

die Anlage die in der Genehmigung festgesetzten Immissionswerte nicht einhalten“. Der Lärm müsse jetzt neu gemessen werden. Daraus könnten sich Auflagen für den Betrieb ergeben.

Das MAZ an der Travemünder Landstraße darf derzeit ohnehin nicht laufen. Im August hatten Anwohner Widersprüche gegen die Genehmigung eingelegt. „Die haben eine aufschiebende Wirkung“, erklärte Martin Rüter im Umweltausschuss. Das LLUR rechnet Mitte Oktober mit einer Entscheidung

über die Widersprüche.

SPD-Umweltpolitiker Marek Lengen äußerte sein Befremden darüber, dass eine Genehmigung erteilt wurde, „obwohl deutliche Formfehler vorliegen“. Es habe aus der Bevölkerung zahlreiche Hinweise gegeben, „dass es dort permanent zu laut ist“, sagte Lengen. Dezernatsleiter Rüter wies allerdings darauf hin, dass es erst Beschwerden aus der Bevölkerung gegeben habe, als ein von mehreren Initiativen in Auftrag gegebenes Gutachten öffentlich bekannt

wurde. Rüter: „Danach kamen die Beschwerden wegen Lärm und Staub.“

Drei Initiativen hatten den Hamburger Gutachter Klaus Koch vom Umweltnetzwerk beauftragt. Koch stellte sein Gutachten Anfang Juni vor. Sein Fazit lautete damals: „Das hätte nie genehmigt werden dürfen.“ Die Initiativen werfen den städtischen Behörden vor, die Augen zuzumachen. Martin Rüter nahm die Stadt im Ausschuss in Schutz. Mit dem Genehmigungsfehler habe sie nichts zu tun. *dor*